

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 12.01.2005**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4
06114 Halle (Saale)

Zeit: 15:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	stimm.b.Mitgl.	
Frau Heike Wießner	„	
Frau Ute Haupt	„	
Herr Hendrik Lange	„	i.V. Dr. Erwin Bartsch - anw. bis 16.30 Uhr
Frau Hanna Haupt	„	
Frau Dr. Gesine Haerting	„	
Frau Elke Schwabe	„	
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Beate Gellert	„	
Frau Antje Klotsch	„	
Herr Uwe Kramer	„	
Frau Bärbel Scheiner	„	
Herr Winfried Weber	„	
Frau Stefanie Albrecht	beratend.Mitgl.	Frau Rarrasch
Herr Herbert Jomrich	„	
Frau Müller	„	
Herr Sarunski	„	
Herr Lothar Rochau	„	
Frau Dorit Schmidt	Verw.	
Frau Susanne Schmotz	berat.Mitgl.	anwesend bis 16.30 Uhr
Frau Dagmar Szabados	„	
Frau Heike von Nievenheim	Verw	i.V. Frau Meister und Frau Lademann
Herr Uwe Weiske	Verw	
Frau Brigitte Thieme	stimm.b.Mitgl.	

Entschuldigt fehlen:

Frau Gertrud Ewert	stimm.b.Mitgl.
Herr Helmut Becker	berat.Mitgl.
Herr Jörg Lau	„
Frau Renate Leonhard	„
Herr Max Privorozki	„
Frau Petra Schneutzer	„
Herr Goswin van Rissenbeck	Verw.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen
Vorlage: IV/2004/04345
- 4. Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2005/06
Vorlage: IV/2004/04506
- 5. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung
1. Lesung
Vorlage: IV/2004/04603
- 6. Information über die Umsetzung des Runderlasses des Kultusministeriums "Aufnahme in die Grundschule". Gestaltung eines bildungsfördernden Überganges in die Grundschule
Berichterstattung: Frau Brederlow, FB Kinder, Jugend und Familie
- 7. Anfragen von Stadträten
- 8. Anregungen
- 9. Mitteilungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Jugendliche vom „Schnatterinchen“ sprachen vor. Das Objekt wurde auf Grund Personalmangels vorübergehend geschlossen. Sie wollten wissen, wann die Personalstelle wieder besetzt ist und ihr Objekt öffnet. Vor Weihnachten hatten sie eine Rücksprache mit Herrn Rochau und wurden auf die ausstehende Entscheidung zur Personalbesetzung verwiesen.

Herr Rochau antwortete, dass die Stelle ausgeschrieben worden war und ein Bewerbungsverfahren stattgefunden hatte. Dies wurde ihnen auch im Dezember so erläutert. Die Endentscheidung liegt aber beim Fachbereich Personalservice. Die Formalien müssen eingehalten werden. Er bat die Jugendlichen am 17.01. im Fachbereich anzufragen, ob das Problem bis dahin geklärt werden konnte.

Da keine weiteren Jugendlichen erschienen waren, beendete **Frau Hanna Haupt** die Sprechstunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt sprach an, dass sie darum bittet, dass der TOP 6 zur Schulentwicklungsplanung als TOP 4 behandelt wird und die angedachten TOP sich dadurch nach hinten verschieben. Herr Hildebrand ist als Vertreter des Fachbereiches Schule, Sport und Bäder eingeladen worden und sollte vorher mit seiner Vorlage behandelt werden, da der Haushalt Zeit in Anspruch nehmen wird.

Herr Godenrath sprach an, dass er darum bitten wollte, den TOP 4 Haushalt als TOP 3 zu behandeln, da heute noch weitere Sitzungen anstehen und der Haushalt vordergründig behandelt werden sollte.

Es wurde Konsens erzielt, dass die Vorlage zur Schulentwicklungsplanung vorgezogen wird und anschließend der Haushalt auf der TO steht. Somit wurde der Tagesordnung zugestimmt.

zu 3 Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen Vorlage: IV/2004/04345

Frau Hanna Haupt begrüßte vom Fachbereich Grünflächen Frau Roscher und Frau Dr. Lange , welche die vorliegende Beschlussvorlage vertreten.

Frau Dr. Lange erläuterte den Mitgliedern die Veränderungen in der Satzung und verwies darauf, dass in der alten Satzung bereits einiges ähnlich enthalten war. Jetzt wurde einiges detaillierter aufgenommen oder stilistisch verändert. Die Praxis hat deutlich gemacht, dass sich für einige Dinge Genehmigungen erforderlich machen, wenn eine artfremde Nutzung von Grünflächen vorgenommen wird. Deshalb erfolgte die Aufnahme eines neuen Paragraphen, in welchem Ausnahmeerlaubnisse enthalten sind (im § 6 der Satzung). Das Grillen im öffentlichen Raum hat erheblich zugenommen (z.B. auf der Ziegelwiese), so dass hierfür auch Genehmigungen erforderlich sind. Neu aufgenommen wurde auch im § 6 das Ausnahmeerlaubnisse für das Abbrennen von Feuerwerk gibt. Überarbeitungen sind auch bei der Hundehaltung erfolgt. Der § 5 Spielplätze wurde völlig neu verfasst. Eine Altersbegrenzung für Jugendliche wurde hier mit aufgenommen. Sie bat um ein positives Votum durch den Ausschuss.

Frau Hanna Haupt stellte Anfragen zum Verbot: - des Badens in Brunnen, - außerhalb gekennzeichneten Rodelbahnen zu rodeln; zu erlaubnispflichtigen Ausnahmenutzungen bei Werbemaßnahmen jeder Art und zu dass sich „andere Personen“ nur auf Spielplätzen

aufhalten dürfen, wenn sie Kinder oder Jugendliche dort beaufsichtigen. Sie hinterfragte dies im Einzelnen.

Durch ein Mitglied (STR) wurde angesprochen, dass der § 4 der Satzung „am Leben vorbei“ formuliert wurde. Von einer „kinder- und familienfreundlichen Formulierung“ kann hier nicht ausgegangen werden. Das Grillen z.B. auf der Ziegelwiese belebt das Stadtbild, auch wenn Hausgemeinschaften Sitzgelegenheiten für gesellige Stunden zusammentragen.

Durch ein Mitglied (STR) wurde darauf verwiesen, dass diese Darlegungen doch als „Kann“ und nicht „Muss“- geahndet werden kann. Wichtig ist es, Klarheit ins Stadtbild zu bringen und verschiedenen Tendenzen entgegenzuwirken. Hier wird davon ausgegangen, dass nicht „Paragrafen-getreu“ in jedem Fall kontrolliert wird. Kontrollen an bekannten und markanten Stellen werden als unerlässlich angesehen.

Es wurde eine Anfrage zur den im § 3 Punkt e vorgeschriebenen 2m Wegbreiten für Radfahrer gestellt. Sind diese Wege entsprechend gekennzeichnet als solche oder wovon wird ausgegangen?

Ein Mitglied (STR) sprach an, dass eine entsprechende Satzung bestehen muss. Es wurde die Anfrage gestellt, ob das Gebiet der Heide ebenfalls dazu gehört oder ausgenommen wird, letzteres ist nicht sichtbar. Unklar ist, wieso außerhalb der Silvesterzeit überhaupt von Abbrennen von Feuerwerk ausgegangen wird, dies dürfte ohnehin nicht genehmigt werden. In der jetzigen Fassung ist die Satzung überarbeitungswürdig.

Frau Dr. Lange verwies darauf, dass viele Verbote nicht neu sondern bereits in der vorhergehenden Satzung enthalten waren. Klar ist, dass zur Einhaltung/Kontrolle eine enge Zusammenarbeit mit dem Bereich Ordnung und Sicherheit und Sauberkeit erfolgen muss. Ständige Kontrollen sind nicht regelmäßig zu realisieren, an bekannten Plätzen wird dies umgesetzt werden. Ansonsten kann davon ausgegangen werden, dass bei einigen Dingen großzügig hinweggesehen wird. Es werden sicher keine älteren Bürger vom Spielplatz weggebeten, wenn diese dort sitzen o.ä. Jedoch benötigt die Stadt eine Handhabung für einen Handlungsbedarf in entsprechenden Fällen. Eine starke Verunreinigung von öffentlichen Anlagen hat vermehrt zugenommen. Gefährdungen von Personen oder Beschädigungen von öffentlichen Anlagen muss ebenfalls entgegengewirkt werden. Das Grillen ist ein „offenes Feuer“ laut Gefahrenabwehrverordnung und demzufolge sind Grillplätze als solche auszuweisen. An anderen Stellen wird nur mit Ausnahmegenehmigung dies erlaubt. Feuerwerk wird grundsätzlich durch die Feuerwehr genehmigt. Für die Ziegelwiese ist ein Einrichten eines Grillplatzes angedacht, für den es keiner Sondergenehmigung bedarf. Ob die genutzten Wege 2m breit sind und demzufolge für Radfahrer geeignet sind wird nicht extra als solches gekennzeichnet. Hier setzt man voraus, dass dies durch die Bürger eingeschätzt werden kann, ob der Weg so breit und damit „Radtauglich“ ist.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) wieso jetzt laut § 4(1) Pkt. 13 Rodeln nur noch auf gekennzeichneten Rodelbahnen erlaubt ist. In der Heide gibt es mehrere Rodelberge, welche nicht als solche gekennzeichnet sind. Kinder suchen sich jede Möglichkeit zum Rodeln, die sich ihnen bietet. Die Heide muss hiervon ausgenommen sein.

Frau Dr. Lange antwortete, dass es in der Heide noch Nachholebedarf zur Ausweisung von Rodelbahnen gibt. Für entsprechende Hinweise dazu sind sie dankbar. Da die Formulierungen heute mehrfach moniert wurden, bat sie um Vorschläge zu Neuformulierungen, da durch ihren Bereich hier mit anderen Bereichen zusammen längere Zeit bereits an den Formulierungen gearbeitet wurde.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass deutlich wird, dass die Satzung überarbeitet und dem Ausschuss neu vorgelegt werden sollte.

Frau Dr. Lange antwortete, dass bisher nur ein Vorschlag kam, der berücksichtigt werden kann.

Frau Szabados sprach an, dass durch den Ausschuss Intentionen an den Fachbereich Grünflächen herangetragen wurden. Dieser hatte nicht vor zu reglementieren. Im Sinne der Kinder- und Familienfreundlichkeit sollte gesehen werden, wie die Satzung anders formuliert werden könnte. Zu der Satzung sollte ein Vorwort gemacht werden, damit für die Ausschüsse aber auch die Öffentlichkeit klar wird, warum diese Veränderungen vorgenommen wurden.

Frau Roscher antwortete, dass ein Vorwort möglich ist. Nicht möglich sind einzelne Umformulierungen. Es wurde bereits längere Zeit mit anderen Fachbereichen an diesen Formulierungen gearbeitet. Die Praxis zeigt auf öffentlichen Plätzen größere Schäden auf. Als Beispiel zeigte sie kaputte Spielplatzsitze, welche von Hunden zerbissen worden waren. Die Schwerpunktplätze sind ihnen bekannt, wo vermehrt auf die Einhaltung der Satzung geachtet werden und Ordnungswidrigkeiten geahndet werden müssen.

Frau Szabados sprach an, dass dieser Ausschuss die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten hat und deshalb diese Einwände vorgebracht wurden. Das Vorwort hält sie für unerlässlich. Weiterhin sollte eine Formulierung gefunden werden, dass die Heide hinsichtlich vorgeschriebener Rodelbahnen und Fahrradwege ausgenommen ist. Sie geht davon aus, dass auch aus anderen Ausschüssen noch Veränderungen kommen werden.

Durch ein Mitglied (Freie Träger) wurde zur Anlage „Gebührentarif“, hier: Veranstaltungen nachgefragt.

Frau Dr. Lange antwortete, dass kommerzielle Veranstaltungen gemeint sind und keine Bürgerfeste oder gemeinnützige Veranstaltungen, für welche nichts bezahlt werden muss.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) was unter „Veranstaltung“ definiert ist, die Personenanzahl, die genutzte Fläche oder was sonst.

Ein Mitglied (Freie Träger) verwies darauf, dass dies jetzt nicht verkompliziert werden sollte. Das Parkfest in der Südstadt wurde bisher immer komplikationslos genehmigt.

Frau Szabados beendete die Diskussion, indem sie ansprach, dass Intentionen hinsichtlich der Vorworterstellung, Ausnahmegebiet Heide beim Rodeln durch den Fachbereich Grünflächen aufgenommen wurden und einer Abstimmung zur Vorlage nichts entgegensteht.

Frau Roscher sicherte zu, dass dies so aufgenommen wurde.

Der Ausschuss stimmte über die Vorlage wie Folgt ab:

Beschlussvorschlag

Der als Anlage beigefügten Benutzungssatzung für öffentliche Anlagen, Spielplätze und Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Befürwortungen:	12
Ablehnungen:	0
Enthaltungen:	2

Der Beschlussvorlage wurde **zugestimmt**, nachdem durch den FB Grünflächen zugesichert wurde, die angesprochenen Intentionen zu berücksichtigen.

- Dies betrifft:
1. Erstellung eines Vorwortes zur Vorlage zur transparenteren Darstellung einzelner Veränderungen
 2. im § 4 (1) Punkt 13 „Außerhalb gekennzeichnete Rodelbahnen zu rodeln“ sollte großzügig in der Ahndung gehandelt werden bzw. soll hiervon die Heide ausgenommen und nicht betroffen von dem Verbot sein und soll in der Satzung auch entsprechend so aufgenommen werden.

**Zu 4 Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2005/06
Vorlage: IV/2004/04506**

Wortprotokoll:

Herr Hildebrand erläuterte die Beschlussvorschläge im Einzelnen und ging darauf ein, dass es sich hierbei um eine Fortschreibung zur Beschlussfassung des Stadtrates von 2003 handelt. Diese Fortschreibung ist auf Grund der sich ständig ändernden Schülerzahlen und stadtplanerischer als auch betriebswirtschaftlicher Aspekte notwendig. Er sprach an, dass durch das Landesverwaltungsamt gerügt wurde, dass 3 Schulen fusionieren sollten. Eine Veränderung ist auch, dass die Schule im Territorialbezug gesehen werden soll. Den Hintergrund dazu erläuterte er anhand eines Beispiels. Abschließend bat er um ein positives Votum durch den Jugendhilfeausschuss zur Vorlage.

Durch ein Mitglied (Freie Träger) wurde erwähnt, dass bekannt ist, dass Eltern aus dem Einzugsgebiet Süden ihre Kinder auch mit einer Vier lieber aufs Gymnasium geben, um diese vor der „Fliederwegschule“ zu „bewahren“. Es ist bekannt, dass die Schulen hart ums Überleben kämpfen und dies sich nicht optimal auf Kinder, Eltern und Lehrer auswirkt. Anfrage was durch die Verwaltung getan wird, um den Ruf der Schulen positiver zu gestalten und ein „friedvolles Miteinander“ an den Schulen gewährleisten zu können. Die Fusionierung von Schulen wird zu stark betrieben.

Herr Hildebrand antwortete, dass die Fusionierung in den letzten Jahren stark vorangetrieben wurde, wenn die Voraussetzungen dafür vorlagen. Schulen sind bemüht, um Schülerzahlen zu „kämpfen“ um deutlich zu machen, was an ihrer Schule besonders positiv hervorzuheben ist. Dies ist im Vorfeld von Entscheidungen nachvollziehbar. Wenn die Entscheidungen gefallen sind, sollte ein fairer Umgang erfolgen, was leider nicht immer realisiert wird. Viele Fusionen wurden durch den Fachbereich Schule, Sport und Bäder begleitet und oftmals siegte auch die Vernunft, um den Schulalltag nicht zu gefährden. Zukünftig wird ein Gymnasialbesuch erst auf Grund einer Schulempfehlung und entsprechenden Begutachtung und Auswahl möglich sein, so dass Schüler mit einer Note „Vier“ wenig Chancen darauf haben.

Ein Mitglied (Stadtrat) sprach an, dass nach wie vor mit der angedachten Fusionierung im Vorschlag Punkt 4 der Grundschulen Am Rosengarten, Auen und Hutten ein Problem gesehen wird. Dieser Vorschlag war um 1 Jahr zurückgestellt worden und steht jetzt zur Beschlussfassung an. Alle drei Schulen sind bestandsfähig. Bei der Auenschule ist ein stark sanierungsbedürftiger Zustand und die Renovierungskosten hierfür sind hoch angesetzt. Dort herrscht aber ein gutes Lehrer- und Lernklima. Die Eltern haben die Vorstellung, dass die Schule schrittweise renoviert werden könnte und weiterhin Bestand haben sollte. Im Bildungsausschuss wurde eine Klausurtagung für den 22. Januar 2005 gefordert. Deshalb sollte heute hierzu im Jugendhilfeausschuss noch kein Beschluss erfolgen sondern

die Klausurtagung des Bildungsausschusses mit seinen Ergebnissen abgewartet werden. Falls es zur Beschlussfassung heute kommen sollte, wird um eine Einzelabstimmung der Vorschläge gebeten.

Herr Hildebrand sprach an, dass die Grundschulen Rosengarten und Auen mit der Huttenschule fusionieren sollen. Als Standort ist die Grundschule Huttenstraße vorgesehen. Die Auenschule hatte im Vorfeld grundsätzlich den Schulweg zum Rosengarten, trotz Signalanlage Merseburger Straße abgelehnt. Die Auenschule hat weniger Schülerzahlen als die Rosengartenschule. Der Bildungsausschuss hat am 11.01.05 keine Entscheidung getroffen sondern wird am 22.01.05 eine Klausurtagung für eine Entscheidung hierzu einberufen.

Vorschlag eines Mitgliedes (Stadtrat) die heutige Vorstellung der Vorlage als 1. Lesung zu betrachten und die Klausurtagung des Bildungsausschusses mit dessen Votum abzuwarten und im Februar im Jugendhilfeausschuss zu beschließen.

Durch ein weiteres Mitglied (Freie Träger) wurde dieser Vorschlag befürwortet. Die Struktur und Wohnkultur am Rosengarten ist insgesamt als gut anzusehen, also spricht auch nichts gegen den Standort der Grundschule Am Rosengarten. Inwieweit die Fusionierung von drei Schulen sinnvoll ist, wäre auch zu überdenken, wenn man den Schulweg sieht. Dieser Weg ist nicht zu unterschätzen, da er teilweise ca. 30 min. betragen würde. Dies wäre auch überdenkenswert. Insgesamt ist zur Vorlage zu sagen, dass zwar betriebswirtschaftliche Aspekte nachvollziehbar sind aber hierfür keine vorrangige Rolle spielen sollten.

Anfrage eines Mitgliedes, wieso in der Schulübersicht das Elisabethgymnasium fehlt.

Herr Hildebrand antwortete, dass dies zwar im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegt aber in freier Trägerschaft ist und demzufolge nicht in die Übersicht gehört.

Frau Hanna Haupt verwies auf den eingebrachten Vorschlag zur Behandlung der Vorlage am heutigen Tag als 1. Lesung und Vertagung des Beschlusses auf die Sitzung am 03.02.05. Da es hierzu keinen Widerspruch gab, wird dies so gehandhabt.

zu 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 sowie Haushaltskonsolidierung 1. Lesung Vorlage: IV/2004/04603

Wortprotokoll:

Frau Szabados erläuterte kurz die Situation zum Haushalt 2005.

Dieser ist jetzt durch die Auswirkungen im SGB II und damit verbundenen Umstrukturierungen wesentlich verändert. Die Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe sind zusammengelegt, dadurch ist eine Entlastung des Haushaltes zu sehen. Eine Entlastung wird es bei den bisherigen Leistungen der Sozialhilfe geben, wohingegen eine Belastung bei den Kosten zur Unterkunft gesehen wird. Dafür fällt die Zahlung des Landes für Wohngeld anteilig weg, so dass es hier eine Erstattung der Landesersparnis an die Kommunen geben wird. Im GB V wurde 2004 ein Zuschuss von 113,- Mio. € verausgabt, für das Jahr 2005 wird ein Zuschuss von 89 Mio € prognostiziert. Ca. 24 Mio € werden als Entlastung eintreten. Zukünftig trägt das Land im Behindertenbereich die Verantwortung, so dass hier auch eine Entlastung des Kommunalhaushaltes eintritt.

Die Personalkosten zur Umsetzung des SGB II werden über den Bund für die Leistungen, die für den Leistungsträger Agentur für Arbeit erbracht werden, refinanziert.

Im FB Kinder, Jugend und Familie wird eine Größenordnung analog dem Ist 2004 erwartet. Im HzE-Bereich waren 2004 überplanmäßige Ausgaben erforderlich. 2005 wurde demzufolge höher angesetzt als der Plan 2004.

Es erfolgen auch im Fachbereich 51 noch Umstrukturierungen. Im Bereich Kindertagesstätten gibt es die bereits mehrfach angekündigte Umstrukturierung - der Eigenbetrieb KITA wird gegründet und der hoheitliche Bereich geht in den FB Kinder, Jugend und Familie über. Diese Veränderung wird noch im Haushalt 2005 eingearbeitet und am 03.02.05 vorgelegt. Sie bittet darum, auftretende Fragen heute zu stellen, damit in der nächsten Sitzung eine Entscheidung zum Haushalt herbeigeführt werden kann.

Herr Rochau erläuterte für neue Ausschussmitglieder die Situation im Haushalt seines Fachbereiches. Er ging u.a. auf die Situation Rückholung im Bereich Unterhaltsvorschuss ein. Die Situation im Bereich HzE wurde bereits Ende 2004 mit der Vorlage zur überplanmäßigen Ausgabe in diesem Bereich erläutert. Dies resultierte u.a. aus Einzelfällen, welche durch Gerichtsbeschluss Hilfe beanspruchten. Die Kosten pro Fall sind in den letzten Jahren auch angestiegen. Er sprach an, dass ein Konsolidierungsbeitrag von 1,36 Mio € erbracht werden musste und erläuterte, wo Einsparungen erfolgten. Herr Rochau erläuterte einzelne Schwerpunkte und demzufolge kostenintensive Bereiche im Einzelnen.

U.a. erwähnte er, dass bei der Förderung Freier Träger die Drogenberatungsstellen an den Fachbereich Soziales gegeben wurden, dies resultiert aus einem Beschluss von 2004. Somit sind diese jetzt aus dem UA 4750 in den UA 4700 übertragen. Der Pflegekinderdienst und Adoptionsvermittlung sind ab 2005 dem ASD strukturell zugeordnet.

Es wurde eine Folie zur Aufgabenverteilung im Fachbereich bezogen auf den Haushalt 2005 aufgelegt.

Hanna Haupt schlug vor, die Seiten des HH 2005 einzeln aufzurufen und eröffnete die Diskussion dazu.

Verwaltungshaushalt 2005

Seite 222 - UA 4070 Verwaltung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie

Anfrage eines Mitgliedes (STR) zu den Bewirtschaftungskosten durch ZGM .

Die Verwaltung antwortete, dass es einen vorgegebenen Mietpreis laut Vertrag gibt. Die Bewirtschaftungskosten sind angegeben.

Frau Szabados erwähnte, dass zur Sitzung im Februar Frau Thomaschewski von ZGM teilnehmen und Aussagen zu Anfragen treffen wird.

Anfrage eines Mitgliedes (STR) zu den erhöhten Sachausgaben eigener Veranstaltungen.

Die Verwaltung antwortete, dass hier die Kosten für den Jugendhilfeausschuss mit enthalten sind. Früher ging alles über die Geschäftsstelle Stadtrat, jetzt sind die Fachbereiche für ihre Ausschüsse auch haushaltstechnisch voll zuständig.

Anfrage eines Mitgliedes (Freie Träger) zu der erheblichen Steigerung bei den Bewirtschaftungskosten, welche u.a. auch der Entwicklung auf dem Energiemarkt geschuldet sind. Solche Erhöhungen sind ja gleichfalls auch bei den Freien Trägern zu erwarten, wird hier auch eine Korrektur zu erwarten sein für diese.

Herr Rochau antwortete, dass auf Grund der Bewirtschaftungskosten durch die Verwaltung auch die genutzten Räumlichkeiten überprüft werden. Hier werden Aspekte der Nutzung, Auslastung und Örtlichkeit angesehen.

Frau Szabados verwies darauf, dass diese ausgewiesenen Kosten denen der Stadt entsprechen. Dies hat vorrangig nichts mit Entwicklungen auf dem Energiemarkt zu tun. Die Träger können nicht davon ausgehen, dass sie automatisch eine Erhöhung der Kosten anmelden können. Diese Bewirtschaftungskosten resultieren auf der Grundlage der mittlerweile erfolgten Raumvermessungen, welche es vorher nicht gab.

Durch ein Mitglied (STR) wurde gefragt, inwieweit auch Heizungskosten in städtischen Einrichtungen überprüft werden, oftmals sind die Räume überhitzt und könnten gedrosselt werden.

Die Verwaltung antwortete, dass die Heizung im Fachbereich abends herunter- und morgens hochgefahren wird. Die Zimmertemperaturen sind durch die Mitarbeiter tagsüber regelbar.

Da es keine weiteren Fragen gab, **rief Frau Hanna Haupt Seite 243 – UA 4510** – zur Diskussion auf.

Anfrage durch **ein Mitglied (STR)** wieso die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit hier deutlich zurückgehen.

Frau Szabados antwortete, dass die Öffentlichkeitsarbeit vorrangig über L.O.S. finanziert wird.

Es gab keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief S. 244 – UA 4520 – zur Diskussion auf.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) zur unterschiedlichen Entwicklung der Fernmeldegebühren.

Herr Rochau antwortete, dass durch die Verringerung von Dienstreisen aber die Fernmeldegebühren angestiegen sind, da auf diesem Weg vermehrte Absprachen erfolgen und auch die Internetanschlüsse darüber laufen.

Durch ein Mitglied (STR) wurde darum gebeten, dass kurz zu den einzelnen UA eine Aufgabenerläuterung erfolgt.

Die Verwaltung antwortete, dass sich bei dem UA 4520 – Jugendsozialarbeit – die Gebiete der Jugendberufshilfe, Streetwork und die Bereiche der mobilen Sportbetreuung befinden.

Weitere Anfrage durch **das Mitglied (STR)** wo sich die Bereiche der §§ 13 und 16 SGB VIII verbergen.

Die Verwaltung antwortete, dass dies im Februar nachgereicht wird.

Es gab zu dem UA keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief S. 246 – Allgemeiner Sozialer Dienst – zur Diskussion auf.

Herr Rochau sprach an, dass sich bei diesem UA die fünf Bezirksgruppen des ASD als auch ein Teil der Seniorenberatungsstelle befinden. 2005 kommt der Pflegekinderdienst mit der Adoptionsvermittlung dazu, dies wird noch berücksichtigt werden.

Frau Szabados fügte ergänzend hinzu, dass Sozialarbeiter aus der Seniorenberatungsstelle mit ihren Stellen in den ASD wechselten.

Ein Mitglied (STR) bat um eine Zusammenstellung bis zur Februarsitzung der in jedem UA befindlichen Mitarbeiteranzahl und Kurzdarstellung der Aufgabenfelder.

Dies sicherte **die Verwaltung zu**.

Durch ein Mitglied (Freie Träger) wurde angefragt, ob die Personalkosten beim Wechsel von Mitarbeitern aus einem Bereich in den ASD mit übergegangen sind.

Frau Szabados antwortete, dass die Stellen mit den Personalkosten in diesem UA zugeordnet wurden.

Ein Mitglied (Freie Träger) fragte an, wo der Konsolidierungsbeitrag in der Jugendhilfe erbracht wurde.

Frau Szabados antwortete, dass der konzeptionell untersetzte Konsolidierungsbeitrag bereits bei 450 Prozent liegt. Diese liegt jedoch vordergründig in den veränderten Gesetzlichkeiten.

Anfrage eines Mitgliedes(STR) zur Weiterbildung Enschede für Sozialarbeiter.

Die Verwaltung teilte mit, dass diese Weiterbildung Mitte 2005 ausläuft.

Es gab keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief S. 247 UA 4552 – Besonderer Sozialer Dienst – auf.

Herr Rochau erläuterte, dass hier die Bereiche Ressortleitung und Jugendgerichtshilfe dahinterstehen.

Es gab hierzu keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief S. 249 UA 4570 – Amtspflegschaften/Vormundschaften – zur Diskussion auf.

Herr Rochau erläuterte, dass hier die Amtspfleger und Vormünder, also ca. 50 Mitarbeiter, enthalten sind.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief S. 260 – UA 4600 Schnatterinchen – zur Diskussion auf.

Anfrage durch ein Mitglied wieso hier keine Personalkosten veranschlagt wurden.

Die Verwaltung antwortete, dass in dieser Einrichtung eine lange nicht besetzte Stelle angebunden ist. Diese soll jetzt besetzt werden.

Hinweis durch ein Mitglied (STR), dass im UA 4600 auch die mobilen Angebote (Bauwagen) mit enthalten sind.

Frau Hanna Haupt rief S. 251 – JFE Wasserturm – zur Diskussion auf.

Herr Weber sprach an, dass er zur Zeit Verhandlungen mit der Verwaltung zur JFE führt, deshalb beteiligt er sich nicht an der Diskussion zu diesem UA.

Anfrage eines Mitgliedes (Freie Träger) zu den Sachkosten (Bewirtschaftung und Reinigungskosten). Im Planansatz 2005 sind erhebliche Minder- oder Mehrkosten insgesamt bei den Einrichtungen enthalten. Woraus resultiert dies.

Die Verwaltung teilte mit, dass dies über ZGM läuft und da die Endabrechnung zu 2004 den Fachbereichen noch nicht vorliegt, kann erst in der nächsten Sitzung dazu Auskunft gegeben werden.

Weitere **Anfrage (Freie Träger)** wieso für 2005 bei der JFE Steg keine Einnahmen gegenüber 2004 zu verzeichnen sind.

Die Verwaltung antwortete, dass dieser UA das Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche betrifft. Diese führen aller 2 Jahre ein Workcamp durch. Und da 2004 eins stattgefunden hat, ist 2005 keins geplant und demzufolge sind dort auch keine Einnahmen zu verzeichnen.

Anfrage durch ein Mitglied wieso bei einigen Einrichtungen die Reinigungskosten auf Null stehen, reinigen diese selbst ihr Objekt.

Die Verwaltung wird dies im Februar mit vorlegen.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 253 – UA 4603 Roxy auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 255 – UA 4608 Begegnungszentrum – auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 257 – UA 4609 Gimritzer Damm – auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 258 – UA 4613 Kinder- Jugendschutzzentrum – auf.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) wieso die Kosten für die Schüler- und Kinderspeisung gesunken sind.

Die Verwaltung antwortete, dass es keine eigene Heimgruppe mehr im Objekt gibt.

Zum Verwaltungshaushalt gab es keinen weiteren Diskussionsbedarf, so dass zum **Vermögenshaushalt 2005 übergegangen wurde.**

Frau Hanna Haupt rief S. 389 – UA 4070 Verwaltung des Fachbereiches – auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 391 – UA 4510 und 4551 – auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 392 UA 4600 Schnatterinchen – auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 393 UA 4601 JFE Wasserturm und 4603 JFE Roxy auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 394 – UA 4608 Steg – auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 399 – UA 4750 DKSB, Blauer Elefant – auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Damit war der Haushalt 2005 des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie in der 1. Lesung behandelt worden und der **Haushalt der Kindertageseinrichtungen wurde aufgerufen.**

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 260 – UA 4640 – auf.

Die Verwaltung KITA erläuterte, dass es sich bei diesem UA um den Betrieb der kommunalen KITA's handelt. Dieser UA muss insgesamt überarbeitet und in der Februarsitzung nochmals vorgelegt werden, da es Strukturveränderungen gibt. Diese Überarbeitung wird auch vor der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion S. 266 – UA 4980 Halle-Pass – auf.

Frau Schmidt vom GB V erläuterte, dass gestern im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss die Fortführung des Halle-Passes erläutert wurde. Eine Vorlage für den Stadtrat ist erarbeitet. Hier erfolgt eine Korrektur im UA, 594.300 € sollen für 2005 gebunden werden. Bei der Gebührenermäßigung gibt keine Einschnitte für die Kinder aus den Berechnungsveränderungen nach SGB II und XII. Für Kinder nicht leistungsberechtigter Eltern kann wie bisher ein Halle- Pass beantragt werden.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) zur Bewilligung von Anträgen auf Gebührenermäßigung nach Halle- Pass.

Die Verwaltung KITA antwortete, dass 20 Anträge monatlich bei Einrichtungen kommunaler Träger und 5 bei Freien Trägern für 2004 bewilligt wurden. Da die Anfrage im Bereich KITA bereits konkretisiert vorliegt, wird die Beantwortung konkret in der nächsten Stadtratssitzung erfolgen.

Anfrage durch das Mitglied (STR) wie bei Anträgen von Studenten und Wehrdienstleistenden, die Kinder haben, verfahren wird.

Frau Schmidt antwortete, dass diese Personengruppe keinen Anspruch auf Leistungen Aus der Sozialhilfe hat. Deren Kinder haben aber einen Anspruch auf den Halle-Pass. Die Gebührenermäßigung bei KITA wird jedoch im KJHG- Bereich entstehen durch die erhöhten Grundfreibeträge, nicht mehr über Halle-Pass.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion des Vermögenshaushaltes KITA. S. 395 UA 4640 auf.

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Frau Hanna Haupt beendete die 1. Lesung des Haushaltes 2005 für den FB 51 und den Bereich KITA und verwies auf die weitere Behandlung in der Sitzung am 03. Februar 2005.

Frau Schmidt sprach abschließend an, dass auf Grund der kurzfristigen Überarbeitungen bis zur nächsten Sitzung eine fristgerechte Versendung dieser Unterlagen nicht erfolgen kann und bat um Verständnis hierfür.

Der Ausschuss zeigte hierfür Verständnis und stimmte dem zu.

**zu 6 Information über die Umsetzung des Runderlasses des Kultusministeriums "Aufnahme in die Grundschule". Gestaltung eines bildungsfördernden Überganges in die Grundschule
Berichterstattung: Frau Brederlow, FB Kinder, Jugend und Familie**

Wortprotokoll:

Frau Brederlow informierte zum Runderlass 2004, der in zwei Bestandteilen zu sehen ist. Zum einen werden dadurch die schulischen Eignungsuntersuchungen ca. ein halbes Jahr vorverlegt und Schulen und Kindertagesstätten zur Zusammenarbeit verpflichtet. Die Schulen wissen somit um die Defizite bei den Kindern und können sich darauf einstellen. Der öffentliche Träger der Jugendhilfe sieht es als Aufgabe an, mit den Schulen ein Verfahren zu entwickeln, um den Schuleintritt zu vereinfachen. Die Untersuchungen sollen vor Ort in der Kindertagesstätte durchgeführt werden, an denen KITA, die Leiter der Schulen und der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst und ein Vertreter der Jugendhilfe teilnehmen sollen. Es wird ein Verfahren besprochen, wie mit Besonderheiten und Defiziten der Kinder umgegangen werden soll. Die erste Informationsveranstaltung dazu wird am 25. Januar sein. Dazu sind die Leiterinnen der KITA's, Freie Träger, die Leiter der Grundschulen in kommunaler und freier Trägerschaft und die Vertreter der Stadt wie Gesundheitsamt, ASD, Sozialraumkoordinatoren, FB Schule, Sport und Bäder, Kultusministerium und Stadträte eingeladen. Vom Bereich KITA wird ein Einschätzungsbogen entworfen, der vorgestellt wird. Am 15. Februar gibt es eine weitere Veranstaltung zum Thema „Übergang KITA zur Grundschule“.

zu 7 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Herr Godenrath fragte an, wer für die Sicherung der leerstehenden KITA in der Daniel-Defoe-Straße zuständig ist, da sich dort Jugendliche aufhalten.

Die Verwaltung sicherte zu, dies an ZGM weiterzugeben, damit die Einrichtung gesichert wird.

Frau Gellert fragte an, ob es bei der Koordination der 1-€-Jobs wieder eine Zusammenkunft verschiedener Fachkräfte gibt, um die Strukturierung dafür in halle vorzunehmen.

Frau Schmidt vom GB V teilte mit, dass das bekannte Problem bei den 1-€-Jobs aus dem Jahr 2004 sich auf die Agentur für Arbeit bezieht. Für 2005 liegen Vorschläge vor, die in der Gesellschafterversammlung der ARGE diskutiert werden sollen.

Durch Frau Gellert wurde darum gebeten, dass hierbei auch Vertreter der LIGA und des Stadtjugendringes geladen werden sollten.

Frau Gellert erneuerte ihr Angebot aus der Sitzung im Dezember 2004, dass sie eine Sozialraum-Rundfahrt für die Mitglieder organisieren würde. Hierfür gab es zwei Terminvorschläge. Es erfolgte eine Einigung im Ausschuss auf den Termin 10. März 2005. Es erfolgte der Vorschlag, an diesem Tag nicht durch alle Sozialräume zu fahren, da dies zeitlich nicht abgedeckt werden kann. Somit wird es im Herbst einen weiteren Termin dafür geben.

Anfrage von Frau Klotsch, inwieweit es für die 1-€-Jobs ein einheitliches Antragsverfahren gibt.

Frau Schmidt antwortete, dass die ARGE eine gmbH i.G. ist, damit ist eine Arbeitsfähigkeit noch nicht in allen Bereichen gegeben. 700 1-€-Jobs sind bisher abgestimmt. Es soll weitere 700 solcher Jobs bei Vereinen und Verbänden geben, die noch geschaffen und dann aber gemeinsam beraten werden. Diese angedachten Jobs sollen für Vereine und Verbände sein. Es gibt noch kein Antragsverfahren dafür, eine Regelung wird für die Antragsabgabe geschaffen. Weitere Zusatzjobs werden anteilig über ESF-mittel finanziert und weniger über die ARGE.

zu 8 Anregungen

Wortprotokoll:

Es gab keine Anregungen.

zu 9 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Anfrage von Herrn Godenrath zu dem im Dezember erbetenen Stand Spielplatz Kurt-Wüsteneck-Straße.

Frau Schöps antwortete, dass ihm dies in den nächsten Tagen mitgeteilt wird.

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Szabados
Bürgermeisterin

gez. Kaupke
Protokollantin